

Bei István Örkny findet sich folgender Dialog:

„Aber warum nur schweige ich?“

„Ja, warum?“

„Weil mir nichts einfällt“, sagte er und putzte sich die Nase.

„Das ist der Zustand der vollkommenen Glückseligkeit.“

„So geht es vielen in diesem Land“, antwortete ich.

„Ein glückseliges Land!“

„Eine glückselige Zeit“, sagte er.

„Denn sollte jemandem gegebenenfalls doch noch etwas Sinnvolles einfallen, könnte dieser Gedanke die real existierende vollkommene Welt nur weiter vervollkommen, was Nonsense ist, denn das Vollkommene kennt keinen Komparativ und auch keinen Superlativ. Sollte also jemandem etwas Sinnvolles einfallen, würde das bedeuten, dass unsere Welt nicht vollkommen ist.“

„Und was wäre dann?“

„Dann würde auch mir etwas einfallen.“

„Und? Nichts?“

„Nichts.“

„Demnach hat unsere Welt ohne Zweifel den Zustand der Vollkommenheit erreicht“, sagte ich.

Die Logik, die diesen Wortwechsel auszeichnet, und die Selbstzufriedenheit, die aus ihm spricht, lässt ihn erscheinen wie eine Passage aus den Protokollen der rot-grünen Bundesregierung. Die Ruhe, die von dort ausgeht beim Blick auf die deutschen Verhältnisse, macht die Allgemeinheit glauben, alles sei in bester Ordnung, jedenfalls sei alles getan, um die

Lage in Kürze optimal zu ordnen. Allein, das Gegenteil ist der Fall.

Welches Gebiet der Politik man auch in den Blick nimmt: enorme Defizite überall. Um nur einige zu nennen: Der Arbeitsmarkt ist seit fünf Jahren völlig aus dem Gleichgewicht geraten, er stellt weder genug Arbeitsplätze bereit noch genau jene, die von den Arbeitslosen nachgefragt werden. Unter denen wiederum sind viele, die ihre Anwesenheit in den Statistiken nur aufrechterhalten, weil sie ihnen staatliche, finanzielle Fürsorgeleistungen garantiert. In der Gesundheitspolitik ist offenkundig, dass die jetzt garantierten Leistungen im System der Pflichtversicherung in diesem Umfang nicht mehr aufrechterhalten werden können, die jetzt angekündigten Änderungen sind ein Kurieren am Symptom und verschaffen den Beteiligten nur ein paar Jahre Luft.

Auch auf dem Felde der Rente ist die Lage desolat: Die Arbeitnehmer können die Mittel nicht mehr aufbringen, die den Rentnern den bisher gewohnten Rentenstandard sichern. Auf dem Gebiet der Forschungspolitik ist Deutschland international ins Hintertreffen geraten. In der Bildungspolitik ist die Schere zwischen den einzelnen Bundesländern offenkundig. In den Schulen herrscht ganz unterschiedlicher Standard, die Universitäten sind weitgehend zu Massenuniversitäten verkommen und befreien sich nur mühsam von den Folgen staatlicher Mittelkürzungen. – Die Aufzählung ließe sich mühelos fortsetzen.

Politik in Deutschland: Das ist gegenwärtig eine Szene lähmender Gestaltlosigkeit. Die politische Tatkraft, die allwöchentlich vorgeführt wurde in den letzten Monaten und gar Jahren, fand keine Entsprechung in klaren, nachvollziehbaren Entscheidungen. Die Ankündigungen waren zahlreich, ihre Umsetzung in Gesetze, gar die Einlösung der mit ihnen verbundenen Versprechen, blieb hinter dem Anspruch zurück. Ob man die Regierungsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung als Maßstab nimmt, die Riester-Rente, das Hartz-Konzept, die Agenda 2010, die Konzepte zur Sanierung der Krankenversicherung zwischen Ulla Schmidt, Horst Seehofer oder der Rürup-Kommission: Keines der Versprechen ist eingelöst, aber die Illusionskunst geht munter weiter.

Entscheidungsunlust als Prinzip

Schlimmer noch ist, dass die allgemeine Problemlösungs-Rhetorik überführt wird in ein Konsens-Tableau. So groß seien die Probleme, dass man sie allein nicht lösen könne, da brauche es die Mitwirkung der Opposition, der anderen kommunalen Gebietskörperschaften, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und aller anderen Verbände. Kurz: Reformen gibt es nur im Konsens-Staat.

Hinter diesem Verhalten verbirgt sich heute (und hat sich stets verborgen) politische Feigheit, die ihre Wurzeln in persönlichem Machtkalkül hat. Die Devise heißt: Nur nicht anecken, der Wähler könnte bei einer der kommenden Bundestags-, Landtags-, Europa- oder Kommunalwahlen (und wann stünde derlei nicht bevor?) denjenigen abstrafen, der tapfer das Heft des Handelns in die Hand nimmt. Also sucht man den Konsens, der die Gefahr öffentlicher Auseinandersetzung und publizierten Widerstandes minimiert. Die Rede ist ständig vom Dialog, der zwischen den Parteien und allen gesellschaftlichen Gruppen zu führen sei,

der Begriff hat sich mittlerweile zu einem Fetisch der soziopolitischen Befindlichkeit aufgeschwungen. Es handelt sich um eine verhaltensstrukturelle Nachgeburt der Friedensbewegung, deren „Lass uns darüber reden!“ zum Gemeinplatz des Nichthandelns geworden ist.

Den Dialog zu verweigern und stattdessen von denen, die dazu gewählt sind, klare Entscheidungen einzufordern gilt heute als moralisches Vergehen gegen das Volk und wird entsprechend gebrandmarkt. Selbst die Massenmedien haben sich der leutseligen Sehnsucht nach dem großen Konsens hingegeben, die *Bild-Zeitung* ist bereit, jene, die sich dem „Wir sind doch eine große Familie!“-Anspruch widersetzen, mit verletzenden Überschriften abzustrafen, oder fordert, ersatzweise, auch zu nicht einmal Halbgegorenem, ja geradezu Schädlichem aus dem Regierungslager wie immer neuer Neuverschuldung Zustimmung: „Frau Merkel, unterschreiben Sie hier.“ Diesem öffentlichen Druck hält selbst der schwächste Populist nicht lange aus, und entschiedene Populisten wie Edmund Stoiber sind noch geschwinder zum Einlenken bereit.

So wird Entscheidungsunlust zum Prinzip, geradezu zur Staatskunst befördert. Da die im Konsenswege gefundene Lösung in der Regel nicht jene ist, die der Sache selbst am dienlichsten wäre (da sie sich des kleinsten gemeinsamen Nenners bedient), besteht diese Staatskunst darin, das Volk im Glauben zu halten, das allgemeine Einvernehmen sei synonym mit problemadäquater Reform und starkem politischen Handeln. Bei diesem Bemühen assistiert einer Regierung ein Fernsehsystem, dessen informationelle Teile ins Unterhaltende abgleiten und denen gründliche Themenerörterung abhold ist. Sie ist sogar quotenschädlich, weil der sich dem Politischen abwendende Bürger draußen am Fernsehschirm mit allzu vielen Details nicht belastet und in seinem

psychosozialen Gleichgewicht möglichst nicht gestört werden will. Er ist ohnehin gestresst genug: Gegenwarts- oder Zukunftsangst bei wachsender Arbeitslosigkeit, ein ungemütliches soziales Klima – da gräbt er sich zu Hause ein, schottet sich ab von der bösen Außenwelt (*Cocooning*, hat die amerikanische Zukunftsforscherin Faith Popcorn das genannt) und erwartet, dass wenigstens das Fernsehen ihn in Ruhe lässt mit den Nöten eines aus der Balance geratenen Wirtschafts- und Sozialsystems, *Forsthaus Falkenau* also statt *Tagesschau*.

In solchem Konsensdruck können haltbare Reformen nicht gedeihen, da sie den Bürgern bittere Wahrheiten zumuten müssten. Die Probleme des Landes werden aber mittlerweile von Politikern verwaltet, die die allgemeine Konsensattitüde längst inkorporiert haben. Das führt am Ende zu einer Konturenlosigkeit der politischen Programmatik.

Kontur- und Verantwortungslosigkeit

Wenn aber der Bürger anhand der Parteiprogramme und des entschiedenen politischen Handlungswillens seine Wahlentscheidung nicht mehr treffen kann, weil alle sich in den Armen liegen – dann darf man ihm nicht verübeln, dass er in seinen Entscheidungen zunehmend emotionaler wird, kurzfristiger berechenbar. Die Folgen sind bekannt: Auch die Wahlkämpfe werden so geführt, sach- und sinnentleert. Sie heben beim Wähler nur mehr auf die Vorstellungen von politischen Linien ab und nicht mehr auf die differenzierten Fakten selbst. Farben und Musik, Körperhaltungen, Scherze zur rechten Zeit und staatsmännisches Gehabe machen mittlerweile die Musik der Wahlkampfchester.

Zu den Haltungsschäden, die den Wählern anezogen werden, zählt auch die Suggestion, die politische Reformprozesse seien ohne Opfer zu haben. Den

Bürgern ist der Staat ja, jedenfalls bei Bund und Land, mittlerweile so weit entrückt, dass sie die Vorgänge dort nicht als solche ihres persönlichen Verantwortungsbereiches begreifen. „Die dort oben machen doch sowieso, was sie wollen“, ist die eine Reaktion. Die andere ist, dass keiner mehr das Gefühl hat, dass die Vorgänge der politischen Bühne mit seinem persönlichen Geld bezahlt werden. Ob der Bundesfinanzminister mit seinem Etat auskommt wie ein verantwortungsbewusster Familienvater, oder ob er Milliarden verschleudert und ohne zu zögern und entgegen seinem Reden noch von gestern immer weitere Milliardensummen neuer Schulden auf die ohnehin schon vorhandenen aufhäuft, lässt die Steuerzahler weitgehend unberührt, treibt sie jedenfalls nicht auf die Barrikaden.

Diese Verantwortungslosigkeit findet ihre Entsprechung bei den Politikern. Ehe sie sich mit unbequemen Sparanstrengungen herumschlagen und jener Wählergruppe diese, einer anderen jene Subvention wegnehmen, ehe sie gar für andere eine Steueranhebung ins Auge fassen, gehen sie den Weg des geringsten Widerstandes um den Preis, die Verantwortung für das Gemeinwesen Staat nicht wirklich wahrzunehmen. Die langfristigen Perspektiven, für die sie denken müssten, übersteigen das Maß ihrer Periode der Politik als Beruf. Warum also sollen sie sich einsetzen für das Wohl kommender Generationen, wenn es doch diese heutige Generation ist, der sie ihr Amt verdanken? Also schont man sie, versteckt Anpassungen allenfalls – von den meisten – unbemerkt in irgendwelchen Rentenformeln oder serviert gar zusätzliche Sozialleistungen in Zeiten, in denen die Verschuldungslage und auch die demografische Entwicklung des Staates längst drastische Umkehr geboten hätten – die nunmehr sanierungsfähige Pflegeversicherung ist ein prägnantes Beispiel dafür.

Der Bürger, der seinen Politikern bei solch leichtfertigen Umgang mit seinem Gelde zuschaut, fühlt sich persönlich dann auch nicht mehr zu besonderer Akkuratheit dem Staat gegenüber aufgerufen. Er empfindet sich gar als moralisch zunehmend berechtigt, dem so wirtschaftenden Staat seine Steuergelder vorzuenthalten, er neigt zu Schwarzarbeit oder zur Leistungsverweigerung, wenn die Steuerschraube wegen der Verschleuderung oben an der Basis dann härter angezogen wird. Wenn einem Bundesverkehrsminister durch die schlampige Vorbereitung der Lkw-Maut hunderte von Millionen Euro entgehen und er dafür nicht zur Rechenschaft gezogen wird, dann empfindet der Bürger auch das Rechtssystem als unbalanciert, das ihn wegen ein paar Euro Steuerhinterziehung sofort scharf zur Brust nimmt.

Ungelöste Probleme

In diesem Konsensstaat, der den offenkundig notwendigen Zumutungen ausweicht, geraten die wirklich wichtigen Fragen deshalb auch unter die Räder. Eine davon lautet: Wie könnte man die Arbeitskosten der Tarifverträge so senken, dass es auch in Deutschland wieder interessant wird, die Arbeitslosen zu beschäftigen und Ausbildungsplätze zu schaffen? Wie kann man, auch über Tarifverträge, die Leistungsdauer des qualifizierten Personals so erhöhen (ohne vollen Lohnausgleich), dass die Probleme der Rentenversicherung, aber auch jene der Unternehmen gelöst werden? Vor allem aber: Wie gehen wir konsequent gegen die Überalterung unserer Gesellschaft vor?

An diesem Beispiel kann man die Diskrepanz zwischen dem objektiv erkannten Problem und der Bereitschaft zu seiner Lösung illustrieren: 1,3 beträgt die Reproduktionsrate der deutschen Bevölkerung. Bei 2,2 müsste sie liegen, wenn man nur auf den Bestand des Volkes aus wäre. In der schrumpfenden Gesellschaft steigt

notwendigerweise das Durchschnittsalter. Gegenwärtig sind 25 Prozent der Bevölkerung älter als sechzig Jahre. 2030 wird diese Altersgruppe 36, 2050 bei gleich bleibender „Kinderquote“ 45 Prozent betragen. Wie in Deutschland ist es auch anderswo im Westen: Während die Industrieländer schrumpfende Gesellschaften sind, verweisen die Entwicklungs- und Schwellenländer auf starken Geburtenüberschuss. Die Folgen werden massiv sein: für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit eines Landes, für die Finanz- und Rentenpolitik, für die Gesundheitsversorgung, für den Arbeitsmarkt, für den Bildungssektor.

Längst müsste, da die Zahlen offen liegen und klar ist, dass im „Gebärstreik“ in Deutschland die Hauptursache für den Verfall der Leistungsfähigkeit von Renten- und Krankenversicherung liegt, eine breite Debatte eingesetzt haben über langfristig tragfähige Lösungen. Tatsächlich aber bleibt die Diskussion dazu ganz verhalten. Sie scheint politisch nicht korrekt, käme sie doch an der Tatsache nicht vorbei, Frauen zu häufigerer Schwangerschaft zu ermutigen. Zu nah ist da noch die Vorstellung, gleichbedeutend mit höherer Kinderzahl sei die Rückverbannung der Frauen an den heimischen Herd, mithin drohe ein Rückfall in vorfeministische Zeiten der Ungleichberechtigung.

Vor allem die Generation will von dieser Debatte nichts wissen, die an der Misere schuld ist: die ihre Entscheidung getroffen hat für eine Beziehung mit *double income, no kids* (42 Prozent aller Universitätsabsolventinnen bleiben in Deutschland kinderlos), die jetzt aus dem Vollen schöpft, die auf Familie nicht setzt, die keine Lust hat, ihre in den ersten Lebensjahrzehnten daraus erwachsenden Vorteile großer Freiräume aufzugeben zugunsten einer nachwachsenden Generation.

Diese Verweigerungshaltung hat System. Sie wird, frei nach Thomas Hobbes' Satz *auctoritas non veritas facit legem*, durch ein Wahlrecht und -system gestützt, in dem für die Interessen von Kindern kein Platz ist. Die Mächtigen, die die Gesetze machen, sind die Erwachsenen, künftig eben der Altenteil der Gesellschaft. Sie werden mit ihren Mehrheiten an der Urne dafür sorgen, dass man ihnen die Butter nicht vom Brot nimmt. Und was ist schon dabei? Wer sagt denn, dass dieses Land achtzig Millionen Menschen braucht? Vierzig Millionen tun es auch, und wenn man Nachwuchs will, kann man ja welchen einwandern lassen.

Der Unsinn solcher argumentativen Leichtfüßigkeit hat keineswegs allein eine ökonomische Seite. Denn der Rückbau einer Gesellschaft brächte auch verheerende soziale Probleme mit sich, die Halbierung der gesamten öffentlichen, privaten und unternehmerischen Infrastruktur hatte auch massive gesamtwirtschaftliche Folgen – das Land würde (wird?) kollabieren. Das hat auch mit der abnehmenden Innovationsfähigkeit zu tun: Wo der

Nachwuchs fehlt, wird der Gesellschaft ihre innere Dynamik genommen, politisch, aber ebenso in der Weiterentwicklung der Wirtschaft.

Auch das Einwanderungsargument wird nicht besser dadurch, dass man es unablässig wiederholt, um die Folgen der politischen Tatenlosigkeit zu kaschieren. Um den Bevölkerungsstand zu halten, bedürften wir einer jahrelangen, nachhaltigen Nettozuwanderung von mehr als 500 000 Menschen jährlich, und zwar solcher, die sowohl jünger als zwanzig Jahre als auch arbeitswillig und integrationsbereit sind. Berücksichtigt man auch noch die Abwanderungsbewegungen, bräuchte Deutschland eine jährliche Zuwanderung von annähernd einer Million Menschen. Das ist offenkundig absurd.

Das Beispiel zeigt, welche Tabus zu brechen sind, wenn man Deutschland zukunftsfest machen will. Die Hoffnung, dass dies möglich ist, sollte man angesichts der erwähnten Widerstände und politischen Verhaltensweisen nicht allzu hoch ansetzen. Deutschland, so scheint es heute, ist nicht wirklich zukunftsfähig.

Im Irrgarten des Föderalismus

„Früher ließen die Regenten für neckische Spiele Irrgärten vor ihren Schlössern errichten, heute haben die Regierenden einen bürokratischen Irrgarten geschaffen, in dem sich hoffnungslos verliert, wer versucht, den verschlungenen Wegen der Verantwortlichkeiten und der Geldverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu folgen. Das Grundgesetz hat das Gegenteil gewollt, nämlich Subsidiarität, Eigenverantwortlichkeit. Stattdessen sind die Landtage zu Feierabendparlamenten geworden, deren Gesetzgebungs-Kompetenzen zur Farce geschrumpft sind. Zum Ausgleich für das Hineinregieren des Bundes ist die Zustimmungsmacht der Länder im Bundesrat gewachsen – mit dem grotesken Ergebnis, dass die Länder in der Bundespolitik mehr zu bestimmen haben als in ihren eigenen Belangen.“

Joachim Käppner am 4. August 2003 in der *Süddeutschen Zeitung*.